

**N I E D E R S C H R I F T**

**zum öffentlichen Teil**

**der 23. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA/023/2016)**

**am Donnerstag, 24. März 2016,**

**18:00 Uhr**

**im Stadtmuseum, Festsaal, 3. Etage,  
Wilsdruffer Straße 2 (Eingang: Landhausstraße) , 01067 Dresden**

**Beginn der Sitzung:** 18:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 19:00 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzender**  
Dirk Hilbert

**CDU-Fraktion**  
Patrick Schreiber

**Fraktion DIE LINKE.**  
Tilo Kießling

**SPD-Fraktion**  
Dorothee Marth

**FDP/FB-Fraktion**  
Barbara Lässig

**stimmberechtigte Mitglieder**  
Anett Dahl  
Anke Lietzmann  
Heike Riedel  
Carsten Schöne

**beratende Mitglieder**  
Detlef Lenk  
Claus Lippmann

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**  
Tina Siebeneicher

**Fraktion Alternative für Deutschland**  
Maik Augustin

**stimmberechtigte Mitglieder**  
Franziska Grimm  
Jan Güldemann

**beratende Mitglieder**  
Sabine Bibas  
Dr. Kristin Klaudia Kaufmann  
Sascha König-Apel  
Sven Liebert  
Gunther Reinsch

Christoph Stolte

Stellvertretende Mitglieder

Annett Grundmann

Claudia Joseit

Olga Sperling

Vertretung für Frau Heike Ahnert

Vertretung für Frau Dr. Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah

Vertretung für Herrn Markus Degenkolb

Abwesend:

CDU-Fraktion

Heike Ahnert

Fraktion DIE LINKE.

Anja Stephan

beratende Mitglieder

Markus Degenkolb

Angelika Fischer

Roland Wirlitsch

Thomas Wünsche

Georg Zimmermann

Ekaterina Kulakova

Jan Pratzka

Dr. Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah

Verwaltung:

Frau Puschbeck

Herr Kühn

Frau Harder

Frau Glöckner

Herr Knappe

Frau Eulitz

Jugendamt

Jugendamt

Jugendamt

Jugendamt

Jugendamt

Rechtsamt

Gäste:

Herr Bergmann

Herr Städter

Frau Gräfe

Frau Lorenz

Frau Häusel

Frau Fischer

Herr Scholz

Herr Claus

Herr Schulze

KJH Gorbitz

KJH Gorbitz

KJH Gorbitz

KJH Gorbitz

KJH Gorbitz

KJH Gorbitz

KJH Gorbitz

KJH Gorbitz

KJH Gorbitz

**Schriftführerin:**

Frau Weber

SG Stadtratsangelegenheiten

**T A G E S O R D N U N G****Öffentlich**

- |          |  |  |
|----------|--|--|
| <b>1</b> | Kontrolle der Niederschrift vom 28. Januar 2016  |  |
| <b>2</b> | Informationen/Fragestunde<br><br>-Bericht Steuerungsgruppe   |  |
| <b>3</b> | Satzung zur Änderung der Elternbeitragssatzung vom 15. Mai 2014  | <b>V0774/15<br/>beratend</b>                           |
| <b>4</b> | Neufassung der Satzung der Landeshauptstadt Dresden für die Unterbringung besonderer Bedarfsgruppen (Unterbringungssatzung)  | <b>V0733/15<br/>beratend</b>                           |
| <b>5</b> | Vereinbarung zur Betriebsführung, Betriebskostenfinanzierung, Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung in Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft mit der Kindervereinigung Dresden e. V. | <b>V0941/16<br/>1. Lesung (beschließendes Gremium)</b> |
| <b>6</b> | Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe im Jahr 2016 – Jugendarbeit mit jungen Flüchtlingen und Asylsuchenden   | <b>A0192/16<br/>beschließend</b>                       |
| <b>7</b> | Berichte aus den Unterausschüssen  |  |

**Nicht öffentlich**

- |          |               |  |
|----------|---------------|--|
| <b>8</b> | Informationen |  |
|----------|---------------|--|

**öffentlich****Einleitung:**

**Herr Oberbürgermeister Hilbert** begrüßt die Mitglieder und Gäste des Jugendhilfeausschusses zur 23. Sitzung. Die Ladung ist frist- und formgerecht erfolgt, die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Er begrüßt das neue beratende Mitglied vom Stadtschülerrat, Herrn Sven Liebert.

Der Bericht der Steuerungsgruppe unter TOP 2 entfällt heute.

Herr Schöne beantragt, dass TOP 6 (A0192/16) direkt nach TOP 2 behandelt werden soll.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses bestätigen einstimmig, dass TOP 6 nach TOP 2 behandelt werden soll.

## 1 Kontrolle der Niederschrift vom 28. Januar 2016

Herr Schreiber bemängelt, dass in der öffentlichen Niederschrift vom 28. Januar 2016 auf Seite 10, beim Thema Ausschreibungstexte, der von ihm vorgetragene Vertagungsgrund nicht aufgeführt sei. Er bittet darum, dass dies noch ergänzt werden soll.

Herr Oberbürgermeister Hilbert weist darauf hin, dass in der Niederschrift nur die wesentlichen Inhalte aufgeführt werden müssen. Er sagt zu, dass noch eine entsprechende Ergänzung zur Niederschrift erfolgen werde.

## 2 Informationen/Fragestunde

### -Bericht Steuerungsgruppe entfällt

Herr Stolte fragt, ob das Thema „unbegleitete ausländische Minderjährige“ (folgend: uaM) in Koordination z. B. mit den freien Trägern und dem Jugendamt besprochen werden soll. Er stellt die Frage, wo die richtige Vernetzung der freien Träger mit dem Jugendamt sei und ob es ggf. sinnvoll wäre, eine zeitlich befristete Arbeitsgemeinschaft zu dem Thema ins Leben zu rufen.

Herr Lippmann erläutert, das Jugendamt sei auf verschiedenen Ebenen mit den freien Trägern vernetzt. Er schildert kurz die derzeitige Zusammenarbeit (Netzwerkknoten) mit den freien Trägern. Den Vorschlag von Herrn Stolte werde er mitnehmen.

Herr Schöne bringt den Antrag A0201/16 „Integration von geflüchteten Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch Bildung und Beschäftigung“ ein. Der Antrag soll in der kommenden Sitzung des Jugendhilfeausschusses behandelt werden.

Frau Stadträtin Siebeneicher interessiert, ob es schon Fortschritte gäbe bei den Verhandlungen mit dem Freistaat in Bezug auf die uaM und die Finanzierungslücke bei tagesstrukturierenden Angeboten und Schulungen. Sie möchte wissen, welche konkreten Angebote in den Werkstätten für uaM vorgehalten werden.

Herr Lippmann erklärt, die Handlungsgrundlage sei im SGB VIII beschrieben. Für sozial benachteiligte Jugendliche oder Jugendliche, die einer Unterstützung bedürfen, sei das Angebot nach § 13 Abs. 1 bis 3 vorgesehen. Überlagert werde dies durch die Zuwanderung von uaM, die teilweise ohne Sprachkenntnisse und nur mit geringer oder gar keiner Schulbildung hier ankämen. Es sei vom Gesetzgeber festgelegt, dass alle Kosten für uaM von den Ländern zu tragen seien.

Im November 2015 habe man beim Freistaat angefragt, ob das, so wie es der Bundesgesetzgeber festgelegt habe, den Aufgaben unterfalle, die der Freistaat finanziere. Derzeit sei dies abrechnungstechnisch noch nicht möglich. Der sächsische Ausländerbeauftragte hätte sich lobend über das aktuelle Projekt geäußert. Die Übernahme der Finanzierung durch den Freistaat sei in Arbeit. Er berichtet über ein neues Angebot eines freien Trägers im Rahmen der Inobhutnahme. Dieses Angebot biete neben der Tagesstrukturierung auch Deutschunterricht und die Möglichkeit, sich handwerkliche Fähigkeiten zu erwerben. Dieses Angebot laufe sehr gut und werde auch von den Jugendlichen gut angenommen.

**Frau Joseit** berichtet, zum Girl's Day lägen 57 Angebote (688 Plätze) und 77 Angebote (559 Plätze) zum Boy's Day vor. Am 28. April 2016 fände im Festsaal des Rathauses die Veranstaltung „Glück – was macht uns glücklich“ statt.

Es folgen keine weiteren Fragen bzw. Informationen. Sodann beendet **Herr Oberbürgermeister Hilbert** den Tagesordnungspunkt.

**3            Satzung zur Änderung der Elternbeitragsatzung vom 15. Mai  
                 2014**

**V0774/15  
beratend**

Die Vorlage wird durch **Frau Bibas** eingebracht.

**Herr Schöne** stellt die Beschlussempfehlung des Unterausschuss Kindertagesbetreuung vor. Die unterschiedlichen Sachverhalte seien abgewogen worden. Eine Gleichbehandlung aller Eltern sei nicht möglich, da die Satzung nur die Belange der kommunalen Einrichtungen regeln könne. Daher kam die Empfehlung zustande, dass dem Stadtrat empfohlen werde, die Vorlage zur Überarbeitung in die Verwaltung zurück zu überweisen.

Er bringt einen Ersetzungsantrag zum Antrag ein und erläutert diesen.

**Herr Stadtrat Kießling** meint, der eigentliche Auftrag vom Stadtrat sei gewesen, eine Satzungsänderung vorzuschlagen, die eine Beitragsentlastung ermögliche. Wenn der Auftrag mit der Ablehnung der Vorlage erhalten bleibe, könne er mit einer Ablehnung leben. Deswegen sei es zu dem Vorschlag im Unterausschuss Kindertagesbetreuung gekommen. Es hätte in Sachsen vergleichbare Kommunen gegeben, in denen eine Rückzahlung der Beiträge möglich gewesen sei. Die Verwaltung wäre dem Auftrag des Stadtrates mit der vorliegenden Vorlage zwar nachgekommen, aber das Resultat sei nicht sonderlich gut. Er beschreibt, was ihn bewogen hätte, zuzustimmen, dass die Vorlage zur Überarbeitung an die Verwaltung zurücküberwiesen werde. Des Weiteren weist er darauf hin, welche Schwierigkeiten auftreten könnten, wenn der Ersetzungsantrag bestätigt werden würde.

Punkt 1 des Ersetzungsantrages könne er zustimmen. Punkt 2 halte er für problematisch, er halte eine Überarbeitung der Vorlage für den besseren Weg.

**Herr Schreiber** führt aus, die unterschiedlichsten Meinungen lägen hier vor. Die Vorlage werde er ablehnen, bisher seien immer nur einzelne Zeitpunkte/Tage gestreikt worden. Den Ergänzungsantrag könne er dagegen unterstützen. Dies halte er für einen guten Weg, da im Falle ei-

nes Streikes die Personalkosten, die nicht ausgegeben würden, im EB Kita verbleiben. Damit könnten z. B. höhere Personalkosten finanziert werden.

Herr Schöne meint, die Eltern zu berücksichtigen, deren Kinder in keine kommunale Kita gehen, halte er rechtlich für schwierig. Dies könne nicht über eine Satzung erfolgen, er verweist auf ein eindeutiges Urteil vom Oberverwaltungsgericht. Eine Möglichkeit könnte sein, den Einzug der Beiträge für die freien Träger die Kommune übernehmen zu lassen. Die Beitragserstattung müsste dann relativ gleich sein. Dieser Verwaltungsaufwand sei aber derzeit nicht abgedeckt.

Herr Stadtrat Kießling beantragt bei dem Ersetzungsantrag punktweise Abstimmung.

Es folgen keine weiteren Anmerkungen, sodann stellt Herr Oberbürgermeister Hilbert den Ersetzungsantrag von Herrn Schöne zur Abstimmung. Der Ausschuss ist beratend tätig.

1. Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Ablehnung der o. g. Beschlussvorlage.

**Abstimmung: 14 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen**

**Zustimmung**

2. Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Festlegung einer Zweckbindung für durch Streikmaßnahmen im Bereich der Jugendhilfe (inklusive Kindertagesbetreuung) freiwerdende Personalmittel. Diese Zweckbindung verpflichtet zu einer unmittelbaren Verwendung der eingesparten Mittel für Personalkosten in der Jugendhilfe.

**Abstimmung: 11 Ja 0 Nein 3 Enthaltungen**

**Zustimmung**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ersetzung - punktweise Abstimmung

4 Neufassung der Satzung der Landeshauptstadt Dresden für die Unterbringung besonderer Bedarfsgruppen (Unterbringungssatzung)

**V0733/15  
beratend**

Frau Scholz führt in die Vorlage ein.

Herr Knappe hebt die rechtlichen Grundlagen hervor.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen. Herr Oberbürgermeister Hilbert tritt in die Abstimmung ein. Der Ausschuss ist beratend tätig.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

- |          |   |  |
|----------|---|--|
| <b>5</b> | <b>Vereinbarung zur Betriebsführung, Betriebskostenfinanzierung, Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung in Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft mit der Kindervereinigung Dresden e. V.</b> | <b>V0941/16</b><br><b>1. Lesung (beschließendes Gremium)</b> |
|----------|---|--|

**Herr Güldemann** zeigt seine Befangenheit an und rückt in den Zuschauerraum.

**Frau Bibas** stellt die Vorlage vor und erläutert diese.

**Herr Schreiber** hat eine Frage zur Anlage 1, Seite 6 „Aufnahme von Kindern aus Fremdgemeinden“, Punkt 6 zur Vorlage. Hierzu möchte er wissen, ob die kommunalen Einrichtungen und die freien Träger auch Plätze für die Kinder der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorhalten. Des Weiteren möchte er wissen, wie die Aufnahme aus Kindern von Fremdgemeinden gehandhabt würde.

**Frau Bibas** erläutert, die Stadtverwaltung behandle alle Bürgerinnen und Bürger gleich und dürfe daher keine Plätze für Kinder der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorhalten. Bei den Fremdgemeindekindern handle es sich um Einzelfallprüfungen, die aufgenommen bzw. abgelehnt würden. Wenn es freie Kapazitäten im Ortsamt gebe, werde nach Prüfung ein Platz für Fremdgemeindekinder gewährt.

**Herr Schöne** erklärt, der Unterausschuss Kita werde die Vorlage am 11. April 2016 behandeln. Er bittet die Verwaltung, den freien Träger zu diesem Termin einzuladen.

**Frau Dahl** meint, der Wunsch vom freien Träger nach Mediation sei abgelehnt worden. Als Grund sei angegeben worden, dass es in der Vergangenheit verschiedene Rechtsauffassungen gegeben hätte und man nicht auf einen Nenner gekommen sei. Mediation finde sie ein wirksames Mittel um einen Rechtsstreit zu verhindern. Sie regt an, dass dieses Thema im Unterausschuss Kita diskutiert werden soll.

**Frau Bibas** antwortet, gerne würde sie im Unterausschuss Kita die Beweggründe der Verwaltung zum Thema „Meditation“ darstellen.

Weitere Anmerkungen erfolgen nicht, sodann schließt **Herr Oberbürgermeister Hilbert** die 1. Lesung.

- |          |   |  |
|----------|---|--|
| <b>6</b> | <b>Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe im Jahr 2016 – Jugendarbeit mit jungen Flüchtlingen und Asylsuchenden</b> | <b>A0192/16</b><br><b>beschließend</b> |
|----------|---|--|

**Herr Oberbürgermeister Hilbert** erklärt, dass Frau Dahl bei diesem TOP befangen sei.

Der Antrag wird durch **Herrn Schreiber** eingebracht.

**Frau Lietzmann** stellt klar, wie die Gelder i. d. R. verteilt werden. 2016 seien alle zur Verfügung stehenden Gelder fest gebunden an Töpfe. Derzeit werde geprüft, ob es noch Gelder in Töpfen gebe, die noch nicht ausgeschöpft worden seien. Diese frei gewordenen Gelder sollen u. a. für



die beschriebenen Maßnahmen in dem vorliegenden Antrag genutzt werden. Perspektivisch werde noch weiter geprüft, diese Gelder für die Arbeit mit Migrantinnen und Migranten zu nutzen.

**Herr Lippmann** führt aus, es seien Gelder für Baumaßnahmen zurückgestellt worden. Die Träger hätten zwischenzeitlich genauere Angaben machen können, wie viel Gelder für die einzelnen Baumaßnahmen benötigt werden. Daher stünden jetzt 70.000 Euro zur Verfügung. Weitere Mittel, die ggf. in der zweiten Jahreshälfte zur Verfügung stünden, kämen aus den Rücklaufmitteln der Träger. Die 45.000 Euro, die ebenfalls zurückgestellt worden seien stünden für Klagen und Widersprüche zur Verfügung.

**Herr Schreiber** fragt, ob der Träger Stadtjugendring e. V., für das Angebot Kinder- und Jugendhaus Gorbitz, Förderung vom Land bekommen hätte.

**Herr Schöne** antwortet, der Träger hätte von der Sächsischen Aufbaubank (folgend: SAB) die Mitteilung bekommen, dass der Antrag nicht berücksichtigt werden könne.

**Herr Güldemann** gibt zu Beschlusspunkt 2 des Antrages zu bedenken, es könne auch in anderen Stadtgebieten Bedarfe in der gleichen Art auftreten.

Dieser Aspekt sei auch diskutiert worden, meint, **Herr Schreiber**. Auf der Prioritätenliste stehe der Jugendtreff „Spike“ an erster Stelle.

**Herr Schöne** meint, die Irritation sei durch den Unterschied zwischen dem Beschlussvorschlag des Antrages und der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Planung entstanden. In der Beschlussempfehlung, Punkt 2 des Unterausschuss Planung, werde der Automatismus, der im Antrag enthalten sei, aufgehoben.

**Frau Dahl** nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Es folgen keine weiteren Fragen. **Herr Oberbürgermeister Hilbert** tritt in die Abstimmung. Der Ausschuss ist beschließend tätig.

### **Beschluss:**

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Förderung des Stadtjugendring Dresden e. V., Kinder- und Jugendhaus Gorbitz mit 0,5 VK i. H. v. 18.010 Euro und des Altstrehlen 1 e. V., Jugendtreff „Spike“ mit 0,5 VK i. H. v. 16.150 Euro ab 1. April 2016 bis 31. Dezember 2016.
2. Sollten aus den zur Förderung freier Träger zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln weitere finanzielle Mittel (z. B. Rücklaufmittel) frei werden, die nicht durch andere Beschlüsse gebunden sind, wird beiden Trägern – in der Prioritätenfolge: 1. Jugendtreff „Spike“, 2. Kinder- und Jugendhaus Gorbitz – eine Aufstockung der o. g. Personalkostenförderung bis maximal je 1 VK bis zunächst 31. Dezember 2016 bewilligt. Hierüber befindet der JHA in seiner Sitzung am 9. Juni 2016 (Vorberatung im UA Planung am 30. Mai 2016).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

**7 Berichte aus den Unterausschüssen**

**Frau Lietzmann** berichtet aus dem Unterausschuss Planung. Dieser hätte sich u. a. mit dem A0192/16 beschäftigt. Des Weiteren sei über das Förderprogramm „Chancengerechte Bildung Schulsozialarbeit“ gesprochen worden.

Der Unterausschuss Hilfen zur Erziehung hätte nicht getagt, teilt **Frau Riedel** mit.

**Herr Schöne** meint, aus dem Unterausschuss Kindertagesbetreuung erfolge kein Bericht.

**Frau Dahl** führt aus, aus dem Unterausschuss Förderung gebe es nichts zu berichten. Sie bittet darum, dass die Mitglieder des Unterausschusses nach der Sitzung sich kurz zwecks Terminabstimmung treffen.

Weiteren Informationsbedarf gibt es auch im nicht öffentlichen Teil der Sitzung nicht, sodass die Jugendhilfeausschusssitzung geschlossen wird.



Dirk Hilbert  
Vorsitzender



Monika Weber  
Schriftführer



Anett Dahl  
Mitglied



Dorothee Marth  
Mitglied